sozialpolitikaktuell

Nr. 1 | 2019

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem neuen Jahr hat auch der Berliner Politikbetrieb wieder Fahrt aufgenommen.

So liegt ein erstes Zwischenergebnis der Konzertierten Aktion Pflege vor. Über 40 Akteure aus Bund, Ländern, Wohlfahrtspflege, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaft haben sich auf eine „Ausbildungs(und Qualifizierungs)offensive Pflege“ geeinigt. Ein erster, ermutigender Schritt. Lesen Sie in diesem Newsletter dazu mehr.

Darüber hinaus gehen wir in diesem Newsletter auf die aus unserer Sicht erfreulichen und notwendigen Bemühungen zur Verlängerung des Bezuges des Kinderkrankengeldes ein und berichten aus der Ausschussanhörung zum Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) im Bundestag.

And last but not least: Zum abgeschlossenen Bund-Länder-Sozialpartner-Dialog Grundrente hat Annelie Buntenbach klargestellt, dass eine Grundrente, so wie sie im Koalitionsvertrag angekündigt wird, nicht nur mit viel bürokratischem Aufwand verbunden wäre, sondern auch nur 130 000 Menschen davon profitieren würden. Das wäre viel kurz gesprungen, wenn wir drohende Altersarmut wirklich wirksam bekämpfen wollen. Wenn die Politik eine Grundrente verspricht, damit viel weniger Menschen als heute Grundsicherung im Alter beziehen müssen, und heraus kommt lediglich eine Freibetragsregelung, wären viele Menschen zu Recht enttäuscht. Besser wäre es, eine Variante der Rente nach Mindestentgeltpunkten wieder einzuführen. Niedrigrenten könnten so unbürokratisch aufgewertet werden. Freibeträge in der Grundsicherung sind unbürokratisch möglich und zu begrüßen. Aber sie alleine sind eben noch keine Grundrente.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre!

sozialpolitik aktuell: Das sind die Informationen zur Sozialpolitik für Kolleginnen und Kollegen in der Selbstverwaltung und für sozialpolitisch Interessierte in Gewerkschaften, Verbänden, Parteien und Verwaltungen.

Ihre Abteilung Sozialpolitik im DGB Bundesvorstand

Wenn Altersgrenzen über Genesungsverläufe entscheiden: Zur Debatte über die Anhebung der Altersgrenzen für Kinderkrankengeldbezüge

DGB/Andrii Dragan/123rf.com

Damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern von erkrankten Kindern nicht nur bloßes Wunschdenken bleibt, braucht es dringend eine Verbesserung der geltenden gesetzlichen Regelungen zur sozialen Absicherung der Eltern durch Krankengeldzahlungen.

zum Beitrag

Neues Jahr, bessere Versorgung?

DGB/Brian Jackson/123RF.com

Am 16.01.19 hat der Gesundheitsausschuss des Bundestages den Gesetzesentwurf des Terminservice- und Versorgungsgesetzes (TSVG) in einer öffentlichen Expertenanhörung eingehend unter die Lupe genommen. Neben der Diskussion über zahlreiche Änderungsanträge und neben Anpassungen in letzter Minute wurde ersichtlich, dass es in der Hauptfrage der Ausgestaltung einer besseren Versorgung für die gesetzlich Versicherten weiterhin fundamental unterschiedliche Ansichten gibt. Für den DGB kommen weitere wichtige Fragen hinzu, die einer Klärung bedürfen.

zum Beitrag

Ausbildungsoffensive Pflege schnell umsetzen!

Am 28.01.19 tagte das Dachgremium der Konzertierten Aktion Pflege unter Teilnahme von Bundesfamilienministerin Giffey, Arbeitsminister Heil und Gesundheitsminister Spahn. Der DGB, der an den Beratungen der AG maßgeblich beteiligt war, sprach sich für eine schnelle Umsetzung der ‚Ausbildungsoffensive Pflege' in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und Pflegeschulen aus.

zum Beitrag

Unser Team

- Fabian Wagner – Büroleitung Annelie Buntenbach
- Petra Köhler – Sekretariat Annelie Buntenbach
- Heike Inga Ruppender, Serap Yildirim, Nadine Sasse – Sekretariate Sozialpolitik
- Markus Hofmann – Leiter der Abteilung Sozialpolitik
- Ingo Schäfer – Alterssicherung, Rehabilitation, Seniorenpolitik
- Maxi Spickermann – Sachbearbeitung Rentenkommission
- Knut Lambertin – Gesundheitspolitik, Krankenversicherung
- Robert Spiller – Gesundheitspolitik, Krankenversicherung
- Marco Frank – Pflegepolitik, Selbstverwaltung
- Annika Wörsdörfer – Arbeits- und Gesundheitsschutz
- Sonja König, Prävention – Unfallversicherung, Europäischer Arbeitsschutz

zum Team im Netz

Impressum

DGB Bundesvorstandsverwaltung
Abteilung Sozialpolitik
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
Telefon: +49 30 24060-725
Telefax: +49 30 24060-226
Kontakt: Sozialpolitik.BVV@dgb.de

Verantwortlich
Annelie Buntenbach, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB

Presserechtlich verantwortlich
Markus Hofmann, Leiter Abteilung Sozialpolitik